

Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn- und Festtags nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“.

Bezug: Monatlich 4,50 M., vierteljährlich 13,50 M. In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich zweimal frei ins Haus, sonst durch die Post.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech: Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 292

Das Problem Fiume.

Die Alliierten sollen helfen.

os Rotterdam, 24. September.

Ein Associated Press-Telegramm aus London berichtet, die italienische Regierung habe die Alliierten ersucht, alliierte Truppen, aber ohne Italiener, nach Fiume zu senden, um d'Annunzio zu vertreiben.

th Eugans, 24. September.

Einer Nachricht des „Messaggero“ zufolge sind Truppenabteilungen d'Annunzios in den dalmatinischen Städten Zara und Sebenico gelandet und haben diese Städte besetzt. Auch die Befestigung von Spalato ist geplant.

* Rom, 23. September.

In der Fiumaner Frage ist ein neuer Schritt Englands und Frankreichs erfolgt. Beide Mächte haben, wie sich aus bester Quelle erfährt, Wilson dringend um schleunigste Erledigung ersucht und ihren Schritt damit begründet, daß die ärmere Lage Italiens die schwersten Besorgnisse erzeuge.

Es ist klar, daß hinter den durch die Zeitungen veröffentlichten Vermutungen über die Gründe für die plötzliche Einberufung des Kronrats und den Gegenstand des gestrigen Ministerrats, den die Mitglieder in ersterer Stimmung verlassen haben sollen, kein bestimmtes Wissen steht, daß die Blätter jedenfalls mehr ahnen als sagen.

* Basel, 24. September.

Wie der „Corriere della Sera“ meldet, ist Generalleutnant Cerna, der Kommandant des Armeekorps von Turin, wegen Teilnahme an einer Kundgebung für d'Annunzio, seines Postens entsetzt worden.

Bern, 24. September. (W. L. B.)

Mit Ausnahme der „Idea Nazionale“, die wegen der unheilvollen Lage des Landes im Innern die Einberufung des Kronrates für berechtigt hält, kritisiert die regierungsfeindliche Presse diese Maßnahme, welche die Unruhen nur noch verschlimmert.

China und Deutschland.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ englischen Blättern entnimmt, wird die chinesische Regierung sehr bald die Rückkehr von Deutschen nach China gestatten. Sie beabsichtigt aber, den Deutschen nicht wieder exterritoriale Rechte zu gewähren, sondern sich dem deutschen Handel gegenüber volle Zollautonomie zu bewahren.

Der Kongreß der Radikal-Sozialisten.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

b Genf, 24. September.

Gestern wurde in Paris der ursprünglich nach Straßburg einberufene Kongreß der Radikal-Sozialisten eröffnet. Die Partei soll beabsichtigen, den Senator des Departements und Bürgermeister von Lyon, Edouard Herriot, zu ihrem Präsidenten zu wählen.

frühere elfässische Reichstagsabgeordnete Blumenthal angehört. Als ein Delegierter energisch die Aufrechterhaltung des alten Blocs forderte, wurde er von stürmischen Zwischenrufen unterbrochen: „Keine Einigkeit mit den Bolschewiki!“

Französisches Verbot des Beamteneides

Der deutschen Regierung ist, wie W. L. B. meldet, ein Befehl der französischen Kontrollstelle bei der deutschen Zivilverwaltung im Bezirk Wiesbaden zur Kenntnis gekommen, in dem der Regierungspräsident in Wiesbaden ersucht wird, jede neue Eidesleistung der deutschen Beamten zu verbieten.

Kritik am Friedensvertrag.

Drahtmeldung.

Paris, 24. September. (W. L. B.)

In der Kammer wurde gestern die Debatte über den Friedensvertrag fortgesetzt. Den Einwurf des Abg. Marin, daß die Deutschen bis zum Jahre 1920 keine Zinsen bezahlen, beantwortete Minister Loucheur dahin, daß die Zinsen von November 1918 laufen und daß hierüber unter den Alliierten nie Meinungsverschiedenheiten bestanden.

Marin erklärte weiter, Finanzminister Klotz habe gesagt, Deutschland werde innerhalb 36 Jahren 463 Milliarden bezahlen; darauf seien aber 263 Milliarden auf Zinsen und Amortisation anzurechnen. Die französischen Steuerzahler müßten sich vorerst mit deren Bezahlung abfinden.

Winnig Oberpräsident der Provinz Ostpreußen.

W. L. B. meldet: Die preussische Staatsregierung hat den Gewerkschaftsbeamten, Reichs- und Staatskommissar Winnig in Königsberg i. Pr. zum Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen ernannt.

Brauchen wir ein preussisches Bauministerium?

Von

Dr.-Ing. W. C. Behrendt.

Da der auetat zurzeit in der preussischen Landesversammlung verhandelt wird, stellen wir diesen beachtenswerten Vorschlag zur Erörterung.

Durch den bevorstehenden Uebergang der Eisenbahn- und Wasserbauverwaltung auf das Reich wird das Preussische Ministerium der öffentlichen Arbeiten seine größten Abteilungen verlieren. Dadurch wird der Fortbestand dieses Ministeriums überhaupt in Frage gestellt, da es durch die zurückbleibende, verhältnismäßig kleine Hochbau-Abteilung allein nicht gerechtfertigt ist.

Abgesehen davon, daß sich bei der gegenwärtigen Finanzlage des Staates die Bildung neuer Ministerien schon aus wirtschaftlichen Gründen verbietet; abgesehen auch davon, daß mit der Uebertragung der Wohnungsfürsorge auf das neu zu begründende Bauministerium das soeben erst geschaffene Volkswohlfahrtsministerium seiner größten Abteilung beraubt und damit lebensunfähig gemacht würde, erscheint der Vorschlag des Reichsbüros deutscher Technik auch aus sachlichen Gründen bedenklich.

Aus diesem Grunde ist gerade im Interesse der Baukunst die bevorstehende Entwicklung, die folgerichtig zu einer Auflösung der bisherigen Hochbauverwaltung führt, eigentlich eine recht glückliche zu nennen. Wie es nicht anders sein kann, hat der bisherige Brauch, die Erledigung öffentlicher Bauaufträge auf dem Verwaltungswege, in der Mehrzahl der Fälle zu wenig befriedigenden Ergebnissen geführt.

Die Frage der künstlerischen Qualität freilich ist wie überall, so auch hier, eine Personenfrage. Ueber diese zu entscheiden, wäre das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung die eigentlich berufene Instanz. Umso mehr als an dieser Stelle auch das Unterrichtsministerium behandelt wird, das künftig, wie Otto Bartning zuerst vorgeschlagen hat, mit der Ausführung der staatlichen Bauaufträge in unmittelbarem Zusammenhang zu bringen sein wird.